

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/XVI/50 - 1. März 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 836 890

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Sieg für den Rechtsstaat</u>	74
	Karlsruher Urteil sichert Unabhängigkeit des Fernschens Von Jürgen F. Warner, Rundfunkreferent beim SPD-Parteivorstand	
3	<u>Jubel?</u>	24
	Beispiel einer unsachlichen Berichterstattung	
3	<u>Vertrauensschwund</u>	22
	Sinkendes deutsches Ansehen in den USA	
4 - 5	<u>Sie müssen jetzt SPD wählen</u>	64
	Zu den Forderungen der CDU-Sozialausschüsse Von Helmut Rohde, MdB	
6	<u>Folgen des "Lumumbismus"</u>	49
	Es gärt in Französisch-Afrika Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
7	<u>Schmerzliche Wücke</u>	44
	Alarmierende ärztliche Feststellungen	

\* \* \*

Zur Beachtung:

Eine neue Strategie der USA

Die Ernennung Henry A. Kissingers muss als ein Signal aufgefasst werden, das auf die Einleitung einer neuen Phase der amerikanischen Strategie hinweist. Wir haben dazu Helmut Schmidt, MdB (Hamburg) um einen Kommentar gebeten, der in seinem diese Woche erscheinenden Buch "Verteidigung oder Vergeltung" die gegenwärtigen Probleme der westlichen Strategie und die Aspekte der zukünftig in USA zu erwartenden neuen Konzeption dargelegt hat. Der Kommentar erscheint in der nächsten Ausgabe des SPD-Pressedienstes.

\* \* \*

## Sieg für den Rechtsstaat

Karlsruher Urteil sichert Unabhängigkeit des Fernsehens

Von Jürgen F. Warner,  
Rundfunkreferent beim SPD-Parteivorstand

Das höchste deutsche Gericht hat sein Urteil in der Fernsehklage der Länder gegen den Bund gefällt. Dieser Spruch geht in seiner Bedeutung weit über den Streit über das zweite Fernsehprogramm, so entscheidend er für diese Auseinandersetzung ist, hinaus. Denn in der Begründung des Urteils, mit dem das Verfassungsgericht den Anspruch der Bundesregierung auf das zweite Fernsehen zurückwies, hat der amtierende Präsident des Zweiten Senats, Prof. Egon Schunck, mit einer aus Karlsruhe bisher nicht gehörten Schärfe auch das Verhalten der Regierung in der Zeit vor der Gründung der Adenauerschen Deutschland-Fernsehen GmbH. kritisiert.

Das Gericht hat damit festgestellt, dass die Verfassungstreue nicht erst durch vollzogene Massnahmen, sondern schon durch die Skrupellosigkeit der Taktik verletzt werden kann, mit der ein politisches Ziel angestrebt wird. Die verhängnisvolle Regel, dass in der Politik der Zweck alle Mittel heilige, Dr. Adenauers Prinzip, dass man nicht "pingelig mit der Macht zu sein brauche, wurden grundsätzlich abgelehnt. Das Karlsruher Gericht hat damit dem Empfinden breiterer Schichten, dass politische Taktik nicht in einen Dschungelkampf ausarten darf, auch rechtlichen Ausdruck verliehen. Es hat dazu beigetragen, einem neuen besseren Stil unserer Innenpolitik, der die Achtung vor dem Gegner über das Trennende stellen will und diese Achtung in der Methode der politischen Auseinandersetzung beweist, den Weg zu bereiten. Mit dem Tenor der Urteilsbegründung, dass sich die politischen Kräfte, und besonders die Bundesregierung, auch im Streit stets dem Geist des Grundgesetzes verpflichtet fühlen müssen, hat sich das Verfassungsgericht am 28. Februar ein bleibendes Verdienst um die staatspolitische Zukunft der Bundesrepublik erworben.

Neben dieser Bedeutung des Urteils steht die weitreichende Sachentscheidung. Sie beendet eine achtjährige Auseinandersetzung um die Verfügung über den Hörfunk und das Fernsehen. Nachdem das Verfassungsgericht festgelegt hat, dass der Rundfunk in allen seinen Programmen überparteilich und unabhängig von einseitigem Gruppeneinfluss sein muss, wird es hoffentlich nie mehr nötig werden, die Rundfunkfreiheit gegen einen Regierungszugriff zu verteidigen. Des Kanzlers Ein-Mann-Gesellschaft, die Deutschland-Fernsehen-GmbH., ist tot, noch ehe sie zu wirklichem

leben erwachte. Die Verantwortung für die Einführung des zweiten Fernsehprogrammes liegt nun bei den Ländern. Bisher verhinderte die Bundesregierung die Ausstrahlung des vom Norddeutschen Rundfunk schon zum Jahresbeginn bis in alle Einzelheiten vorbereiteten Zweitprogramms. Dies Hemmnis ist weggefallen und damit auch die Ursache, die bei den übrigen Rundfunkanstalten die Vorbereitungen für weitere Fernsehprogramme verzögerte. Die Fernsehteilnehmer erwarten ihr zweites Programm mit Ungeduld. Seit bald zwei Jahren wurde es ihnen immer wieder versprochen. Zahlreiche Familien kauften im Vertrauen auf die von der unzuständigen Bundesregierung gegebenen voreiligen Zusagen bereits neue Empfänger und Antennen. Diese Erwartung von Hunderttausenden, die nicht von Fernsehplänen lesen, sondern ein zweites Programm schon wollen, muss von den Ländern und ihren Rundfunkanstalten nun rasch erfüllt werden.

Hier bietet sich als kürzester Weg zum Ziel der Vorschlag an, der von sozialdemokratischer Seite schon 1959 gemacht wurde. Die neun deutschen Rundfunkanstalten sollten sich unverzüglich zu zwei Sendegruppen zusammenschließen, die jede ein Fernsehprogramm, und zwar über das ganze Bundesgebiet, ausstrahlt. Beide Programme konkurrieren dann unabhängig voneinander um die Gunst der Zuschauer. Durch Absprache zwischen den Gruppen ist lediglich sicherzustellen, dass nicht in beiden Programmen zu gleicher Zeit gleichartige Sendungen laufen, damit der unterschiedliche Geschmack der Zuschauer eine echte Auswahl zwischen Kontrastprogrammen hat. Zusätzlich könnte überlegt werden, ob für regionale Sendungen, wie sie jetzt vor 20 Uhr im ersten Programm der Rundfunkanstalten laufen, private Gruppen, etwa die Fernsehgründungen der Tageszeitungen, eingeschaltet werden sollen. Voraussetzung solcher weiterreichenden Pläne wäre selbstverständlich, dass diese privaten regionalen Programmgruppen in sich die Gewähr für Überparteilichkeit und Unabhängigkeit bieten, die das Karlsruher Urteil fordert. Politische Marionetten des Bundespresseamtes, wie das "Freie Fernsehen", hätten hier keinen Platz.

Aber das sind spätere Überlegungen. Jetzt sind für das zweite Hauptprogramm die Rundfunkanstalten, und soweit neue gesetzliche Regelungen erforderlich werden, die Bundesländer am Zuge. Je schneller sie handeln, umso sicherer wird ihnen der Dank der 4,8 Millionen Fernsehfamilien von heute und der mehr als Hunderttausend sein, die allmählich hinzukommen.

Jubel ?

EB. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Fernsehstreit ist am 28. Februar um 12 Uhr verkündet worden, die Verlesung der Begründung dauerte genau bis 13,40 Uhr. Aber schon gegen 15 Uhr berichtete eine Agentur von der "Siegestimmung" der Länder und der Opposition und in einigen Zeitungen des heutigen Tages wird sogar von "Jubel" geschrieben.

Wie falsch ist doch diese Beurteilung, denn die Opposition und die sozialdemokratisch geführten Länder haben alles andere, als Gründe, um zu jubeln. Sollen sie etwa darüber jubeln, dass die Bundesregierung durch ihr schuldhaftes Verhalten dem deutschen Fernsehteilnehmer lange Monate ein zweites Programm vorenthalten hat? Ist es wirklich ein Anlass zur Freude für die Opposition, feststellen zu müssen, dass das höchste deutsche Gericht die Bundesregierung verurteilt und ihr bescheinigt, dass sie die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen getreten hat? Warum soll Siegestimmung aufkommen, wenn in dieser Urteilsbegründung die Bundesregierung der groben Parteilichkeit geziehen wird?

Hier sind ganz andere Gefühle am Platz. Man kann nur Bestürzung und Trauer darüber empfinden, dass wir eine solche Bundesregierung haben. Wenn man von Gefühlen spricht, dann höchstens von dem der Dankbarkeit, dass es in der Bundesrepublik noch ein Gericht gibt, das den partei egoistischen Übermut der Adenauer und Schröder in die Schranken gewiesen hat und es in diesem Lande noch Rechtsstaatlichkeit gibt. Die Hauptsorge aber hat dem deutschen Fernsehteilnehmer zu gelten, der jetzt endlich zu seinem Recht kommen muss, das ihm die Bundesregierung mit ihren Machenschaften vorenthalten hat.

- + +  
Vertrauensschwund

sp - Zu den aussenpolitischen Aktivposten zählt die jetzige Bundesregierung das Vertrauen und die Freundschaft der Vereinigten Staaten zur Bundesrepublik. Dass innerhalb kurzer Zeit aus Siegern und Besiegten enge Verbündete wurden, ist nicht oft in der Geschichte zu verzeichnen. Kein gerecht denkender Mensch wird der Regierung Adenauer ein Verdienst an dieser Entwicklung absprechen. Freundschaft und Vertrauen zwischen Regierungen und Völkern sind aber auch Schwankungen unterworfen, sie bestehen nicht immer in gleicher Intensität. Schon seit vielen Monaten verzeichnen aufmerksame politische Beobachter trübe Flecken im Verhältnis zwischen Bonn und Washington, man bemerkt in den Vereinigten Staaten mit Unbehagen gewisse unerfreuliche Erscheinungen in der Bundesrepublik, und auch das Hin und Her um den deutschen Beitrag an der Entwicklungshilfe war nicht dazu angetan, die sinkende Vertrauenskurve aufzuhalten. Bestimmte Aspekte des anlaufenden Wahlkampfes werden bei den Freunden des deutschen Volkes mit Missmut aufgenommen. Die offene oder versteckte Hetze etwa gegen die Gegner des Dritten Reiches, die ins Exil gehen mussten, der geäußerte Zweifel an deren Patriotismus, begegnet völligem Unverständnis. Soll, so fragen sich diese Freunde Deutschlands, durch die Diffamierung der Emigranten nachträglich eine Gleichsetzung des deutschen Volkes mit Hitler und dem Dritten Reich erfolgen? Wer sich solcher Hetze verschreibt, untergräbt das Vertrauenskapital der Bundesrepublik in den Vereinigten Staaten und nicht nur in diesen.

Sie müssen jetzt SPD wählen

Von Helmut Rohde, MdB

Wenn die CDU-Sozialausschüsse ihre Forderungen, die sie am letzten Wochenende in Königswinter aufgestellt haben, verwirklicht sehen wollen, dann müssen sie ihren Anhängern raten, bei der nächsten Bundestagswahl den Sozialdemokraten die Stimme zu geben. In ihrer eigenen Partei können sie die Hürden, die jeder Weiterentwicklung der Sozialpolitik entgegenstehen, nicht überspringen. Das haben die Vertreter der CDU-Sozialausschüsse wohl auch selbst empfunden. Anders ist jedenfalls ihr Begehren, mehr Arbeitnehmervertreter auf den Kandidatenlisten der CDU zu sehen, nicht zu verstehen. Es ist nicht unbemerkt geblieben, dass sich die CDU in dem vergangenen Jahrzehnt nach jeder Wahl weiter nach rechts zu einem konservativen Gesellschaftsbild entwickelt hat. In dieser Richtung haben sich die innerparteilichen Machtverhältnisse in der CDU sowohl sachlich als auch personell verfestigt.

Die letzten vier Jahre absoluter Mehrheit der CDU brachten in dieser Entwicklung einen gewissen Höhepunkt. Sie standen unter dem traditionellen Leitwort der Konservativen: "Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind erreicht". Dieses Wort hat seinen Weg von den Salons auf die Parteitage der CDU gemacht. Aus seinem Geist heraus hat dann Arbeitsminister Blank den Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt. Die CDU-Sozialausschüsse liessen ihrem Arbeitsminister lange Zügel und begannen erst dann zu klagen, als sie die Sorge hatten, zwischen Blank und der öffentlichen Meinung zerrieben zu werden.

Nachdem jetzt das Blank-Konzept gescheitert ist, haben die CDU-Sozialausschüsse in Königswinter einen verzweifelten Ausbruch nach vorn versucht. So haben sie auf ihrer Tagung u.a. die Vermögenskonzentration in der Wirtschaft und die derzeitige Boden- und Baulandpolitik kritisiert, neue Töne in der Lohnpolitik angeschlagen und sozialpolitische Forderungen aufgestellt. Ist den Sozialausschüssen der CDU wirklich entgangen, dass sie im Bundestag mit einem solchen Programm auf den Bänken der Opposition gelandet wären? Haben sie die Politik ihrer Regierung nicht verfolgt, und haben sie erst jetzt bemerkt, dass diese Regierung gegenüber solchen Forderungen schwerhörig ist?

Warum haben sie z.B. erst jetzt festgestellt, dass die 312,-DM jährliche "Ergebnisbeteiligung" nicht zur Vermögensbildung ausreichen? Warum, so muss man schließlich fragen, haben sie sich nicht die Mühe gemacht, zu jenen konkreten Plänen Stellung zu nehmen, die allen Schichten der Bevölkerung einen gerechten Anteil am wachsenden Vermögen der Wirtschaft einräumen wollen?

Die Klagen der CDU-Sozialausschüsse sind eine Anklage gegen die eigene Partei, die seit Jahren in Bonn die Regierungsgewalt in den Händen hat. Wenn Dr. Adenauer in Königswinter erklärte, im September 1961 solle "Abrechnung" gemacht werden, dann drängt sich die Frage auf, ob die CDU etwa die Absicht hat, mit einem selbstkritischen Programm in den Wahlkampf hinein zu gehen. Wäre in der CDU eine ursprüngliche und lebendige innerparteiliche Demokratie zu Hause, dann müsste in ihr nach Königswinter eine breite Diskussion über Weg und Ziele der Sozial- und Wirtschaftspolitik beginnen. Aber das wird der Kanzler verhindern. Er hat die Tagung auf wahlpolitische Gesichtspunkte begrenzt. Nur im Hinblick auf die Bundestagswahl hat er es seinen Sozialausschüssen erlaubt, jetzt bei der SPD sozialpolitische Anleihen zu machen. Das ist übrigens eine interessante Variante zu dem von der CDU in den letzten Wochen hochgespielten Thema, wer in der deutschen Politik von dem anderen abgeschrieben hat.

Ein wesentlicher Unterschied bleibt allerdings: eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird ihr Sozialprogramm, mit dem sie in diesem Jahr vor die Wähler tritt, auch verwirklichen. Das von der CDU zu erwarten, liesse die Erfahrungen der letzten Jahre und die Struktur dieser Partei zu übersehen. Die vergangenen Jahre der Blankpolitik mit Kostenbeteiligungsplänen usw. haben über der Tagung der CDU-Sozialausschüsse in Königswinter wie ein Schatten geschwebt. Die dort versammelt waren, standen unter der Erfahrung, dass ihr Einfluss in den eigenen Reihen zurückgegangen ist. Wer eine Alternative zu der immer konservativer gewordenen Gesellschaftspolitik der CDU sucht, steht vor den Leitbildern der Sozialdemokratie.

+ + +

## Folgen des "Lumumbismus"

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das Fieber in Belgisch-Kongo hat bedenkliche Folgen in den neuen Staaten des früheren Französisch-West- und Äquatorialafrika. Seit einigen Wochen führt General de Gaulle schwierige Besprechungen mit dem Präsidenten der Elfenbeinküste, Houphouët Boigny, der selbst früher französischer Staatsminister war und jetzt im Namen der sogenannten "Entente" spricht. Diesem westafrikanischen Staatenblock gehören ausser der Elfenbeinküste (Hauptstadt Abidjan) drei weitere Ländern an: Obervolta, Niger und Dahomey. Käme es nur auf Houphouët Boigny an, wäre eine Verständigung mit Paris leicht möglich. Die Beziehungen zwischen der "Entente" und Frankreich sind aber jetzt durch die neue Haltung Obervoltas in Frage gestellt, dessen Präsident Maurice Yaméogo in seinem Land keine französischen Militärstützpunkte mehr dulden will. Diese Ankündigung machte er dieser Tage in öffentlicher Rede zur Begrüssung des Gesandten Ghanas.

Das ist natürlich kein Zufall. Auch Mali, das seit dem Bruch mit dem frankreichtreuen Senegal immer mehr auf östlichen Pfaden wandelt, übt einen entsprechenden Druck auf Obervolta aus. Damit ist aber die ganze "Entente" gefährdet, die sich nicht mehr in der französischen "Gemeinschaft" befindet, aber bis jetzt mit Frankreich doch noch eng verbunden ist.

Noch deutlicher macht sich "lumumbistischer" Einfluss in der Zentralafrikanischen Republik (Hauptstadt Bangui) bemerkbar, wo infolge der schlechten Baumwollernte und der Ausbreitung des Diamantenschmuggels eine Wirtschaftskrise wütet. Die "Bewegung für demokratische Entwicklung Zentralafrikas" (MEDAC) wurde von dem Präsidenten Dacko verboten, oppositionelle Politiker wie der frühere Ministerpräsident Guinea erlitten Zwangsaufenthalt.

Französisch-Kongo ist von den Umwälzungen im Nachbarland selbstverständlich besonders berührt. Seine Hauptstadt Brazzaville ist durch den Kongofluss von Leopoldville getrennt. Der Präsident dieses Landes, Abbé Fulbert Youlou, ist ein persönlicher Freund des kongolischen Präsidenten Kasavubu, mit dem er aber in letzter Zeit keinen Kontakt mehr hat.

Interessanterweise drängen die Mitarbeiter Youlous auf eine Aussöhnung mit Lumumbas Nachfolger Gizenga. Französisch-Kongo steht aber noch vor anderen Problemen: zur Mithilfe beim Bau des Kamilou-Stauwerkes sind, von Kairo kommend, in Pointe-Noire deutsche Flüchtlinge eingetroffen, die wegen nationalsozialistischer Tätigkeit verurteilt sind oder gesucht werden.

Der lumumbistische Einfluss kristallisiert sich jetzt in der Frage der Anerkennung der Lokalregierung Gizengas als gesamt-kongolische Nationalregierung; nicht nur die kommunistisch beherrschten oder eindeutig östlich orientierte Länder haben Gizenga anerkannt, auch Marokko und die algerische Exilregierung (FLN), die in den letzten Wochen zum erstenmal zur zentralafrikanischen Entwicklung offen Stellung genommen hat und selbstverständlich entsprechende Gegenleistungen in Nordafrika erwartet.

Das ganze französisch sprechende Afrika befindet sich in einem Prozess tiefgreifender Gärung.

+ + +

- 7 -

### Schmerzliche Lücke

kn. - Nach ärztlichen Feststellungen leben im Bundesgebiet heute rund 70 000 bis 100 000 Anfallskranke (epileptische Kinder). Der allergrösste Teil von ihnen muss aber auf eine frühzeitige und fachärztliche Behandlung durch Spezialabteilungen der grossen Kliniken verzichten, weil es derartige Spezialabteilungen nicht gibt. Den bedauerndsten Kindern, von denen nach ärztlichem Urteil zwischen 70 Prozent und 90 Prozent bis zur vollständigen Heilung geholfen werden kann, wird keine fachgerechte Behandlung zuteil.

Das liegt zum grossen Teil einfach daran, dass die Länder, Universitäten und kommunalen Krankenhausträger einfach nicht in der Lage sind, die Spezialabteilungen einrichten zu lassen und es auch im Bundesgebiet noch keine zentrale Übersicht über die Formen einer Frühfeststellung und Frühbehandlung der anfallskranken Kinder gibt. Die ganze Angelegenheit könnte nach einem Forschungsauftrag Anlass zu einem Rahmengesetz des Bundes sein, das möglicherweise auch die Dotationen für die Länder und Kommunen bereitzustellen hätte, die dann im Rahmen ihrer Selbstverwaltung die Fachabteilungen oder teilweise sogar Fachkliniken aufzubauen hätten.

Die Auffassung, epileptischen Kindern sei nicht zu helfen, ist noch weit verbreitet. Man setzt die Epilepsie oft mit Schwachsinn gleich. Man meint, jede Behandlung ist wirkungslos. Wenn, aber nur dann, wenn die Behandlung nicht frühzeitig und umfassend und nach den neuesten ärztlichen Erkenntnissen einsetzt, ist die Epilepsie so gut wie nicht heilbar und führt mit der Zeit zu einem immer schliesslicher auftretenden Leiden. Hinzu kommt, dass die Epilepsie in den letzten Jahren häufiger als früher vorkommt, einmal aufgrund von Entzündungen des Gehirns und zum anderen durch die Zunahme der Unfälle.

Eine Heilung ist am ehesten möglich, wenn Kinder nach dem ersten geringen Krampf (auch des Fieber- oder Zahnkrampfes) einer Spezialuntersuchung zugeführt werden. Mit Hilfe moderner Untersuchungsmethoden ist es heute möglich, die notwendigen Behandlungsformen festzulegen. Für diesen Zweck wären von Spezialärzten geführte Ambulanzen notwendig, in denen die heute durchaus zur Heilung führenden Fachbehandlungen durchgeführt und in Abständen von mehreren Monaten ständig kontrolliert werden könnten.

Wenn die ärztliche Wissenschaft heute in der Lage ist, die Arten von Schreckkrämpfen einschliesslich der anfallsartigen Bewusstseinsstörungen, der nicht kreislaufbedingten Ohnmachtsanfälle und der Epilepsie vor allem bei Kindern dann vollständig zu heilen, wenn die Krankheiten rechtzeitig erkannt werden, ihr Charakter genau festgestellt und eine moderne Behandlung durchgeführt, sowie sich regelmässigen Nachuntersuchungen in Fachambulanzen anschliessen, so sollte der Staat auch alles tun, um den Medizinern im Interesse der bedauerndsten Kinder alle Möglichkeiten in die Hand zu geben.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler